11/12 | 2020

Landes-SGK EXTRA
Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

SGK Sachsen e.V. / SGK Thüringen e.V. / SGK Sachsen-Anhalt e.V.

# SPD gewinnt zahlreiche Bürgermeisterwahlen in Sachsen

## Sven Schulze neuer Oberbürgermeister von Chemnitz – SPD in vielen Klein- und Mittelstädten erfolgreich

**Autor** SGK Sachsen

Mit überzeugendem Personal kann die SPD Wahlen gewinnen. Diese Feststellung hat sich bei den Bürgermeisterwahlen in Sachsen in diesem Herbst wieder einmal bewahrheitet. Egal ob in der Viertelmillionenstadt Chemnitz oder der 4.500-Einwohner-Kleinstadt Augustusburg: Fast überall, wo Sozialdemokraten angetreten sind, konnten sie auch deutliche Erfolge verbuchen.

### Sozialdemokratische Tradition fortgesetzt

Seit 1993 besetzt die SPD den Oberbürgermeisterposten in Chemnitz. Dies wird auch in den kommenden sieben Jahren so bleiben. Trotz eines breiten Kandidatentableaus konnte sich der bisherige Chemnitzer Finanzbeigeordnete Sven Schulze am 11. Oktober mit 35 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang klar durchsetzen. Der 49-Jährige tritt damit die Nachfolge von Barbara Ludwig an, die nach 14-jähriger Arbeit für die Stadt nicht erneut angetreten ist. Vor seiner hauptamtlichen Tätigkeit im Chemnitzer Rathaus war der frühere Chemnitzer SPD-Vorsitzende viele Jahre lang in Führungspositionen bei einem regionalen Energieversorger tätig.

Der sächsische SPD-Vorsitzende Martin Dulig sah im klaren Erfolg von Sven Schulze das Resultat jahrelanger, akribischer Arbeit für das Wohl der Stadt: „Er wird den erfolgreichen Weg und die gute Entwicklung, die Chemnitz in den vergangenen Jahren genommen hat, nun weitergehen können. Die Chemnitzerinnen und Chemnitzer haben sich dafür entschieden, dass ihre Stadt auch in Zukunft mit Weltoffenheit, Toleranz und Modernität regiert wird."

**Sven Schulze tritt im Chemnitzer Rathaus die Nachfolge der Sozialdemokraten Peter Seifert und Barbara Ludwig an.**
Foto: Studio 85/Petra Hammermüller

### Brandis und Markkleeberg weiter SPD-geführt

Im Leipziger Raum konnten sich zwei SPD-Amtsinhaber klar durchsetzen: Karsten Schütze wurde bereits am 20. September mit 67 Prozent als Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Markleeberg wiedergewählt. In den letzten Jahren hatte die Stadt im Leipziger Neuseenland stetig an Einwohnern und Anziehungskraft gewonnen. Ähnlich erfolgreich war Arno Jesse, der eine Woche später sogar mit 69 Prozent in seinem Amt als Bürgermeister von Brandis bestätigt wurde. In der Kommune mit ihren 10.000 Einwohnern konnte Arno Jesse in den letzten Jahren beispielsweise deutliche Verbesserungen des lokalen Busnetzes durchsetzen.

### Dirk Neubauer in Augustusburg erfolgreich

Ebenfalls wiedergewählt wurde Dirk Neubauer, der seit sieben Jahren Bürgermeister von Augustusburg bei Chemnitz ist. Obwohl Neubauer erst 2017 in die SPD beigetreten ist, hat er mit seinen Ansätzen zu Themen wie Digitalisierung und Bürgerbeteiligung schon überregionale Aufmerksamkeit erregt. Die Augustusburger unterstützen diesen Kurs und haben ihn mit 68 Prozent im Amt bestätigt.

### Wahlsiege in Hoyerswerda und Nossen

Neu auf der Karte der SPD-geführten Rathäuser sind Hoyerswerda und Nossen: In Hoyerswerda konnte sich der bisherige SPD-Stadtrat Torsten Ruban-Zeh im zweiten Wahlgang klar mit 44 Prozent durchsetzen. Damit wird der frühere Geschäftsführer des AWO-Kreisverbandes Lausitz nun die Geschicke der 32.000-Einwohner-Stadt leiten. Diese ist besonders stark vom Strukturwandel und dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung betroffen.

Mit ganz anderen Herausforderungen wird hingegen der 33-jährige Christian Bartusch konfrontiert sein. Der Verwaltungsfachmann, der derzeit noch in der Zwickauer Stadtverwaltung tätig ist, wurde am 8. November im zweiten Wahlgang mit 54 Prozent zum neuen Bürgermeister von Nossen gewählt. Die Stadt liegt zwar verkehrsgünstig in der Mitte Sachsens, doch die 10.000 Einwohner verteilen sich über eine Fläche von über 120 Quadratkilometern. Mit seinem Amtsantritt wird Christian Bartusch, der zugleich auch Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Meißen ist, übrigens der jüngste SPD-Bürgermeister Sachsens sein.

## Inhalt

**Sachsen**
SPD gewinnt zahlreiche Bürgermeisterwahlen in Sachsen

#DresdenSozialbar: Ein soziales Dresden ist machbar!

**Thüringen**
„2021 wird nicht einfach, aber verzagen sollten wir nicht!"

Landtagsfraktion der SPD für Finanzgarantie 2021

Weitere Hilfen für Thüringer Kommunen beschlossen

**Sachsen-Anhalt**
Corona als Chance für die Kommunalpolitik?

Die Zukunft im Blick

Social-Media-Workshop

Weihnachtsgrüße

# #DresdenSozialbar: Ein soziales Dresden ist machbar!

## Dresdner SPD startet Kampagne für soziale Gerechtigkeit auf kommunaler Ebene

**Autor** Vincent Drews, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion Dresden

Dresden ist eine der lebenswertesten Städte Europas. Aber wer Spitze bleiben will, muss sich auch bewegen – und in dieser Bewegung vor allem dafür sorgen, dass soziale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleibt. Deswegen hat die Dresdner SPD die Kampagne #DresdenSozialbar – Ein soziales Dresden ist machbar! gestartet. Mit vier Schwerpunktthemen kümmern wir uns darum, dass Dresden auch in Zukunft sozial, demokratisch und lebenswert bleibt. In digitalen Veranstaltungen, über soziale Medien und mit diversen Druckerzeugnissen wollen wir mit den Dresdner*innen ins Gespräch kommen, was in der Stadt besser laufen kann und mit welchen Ideen wir als SPD Politik für die Menschen machen.

### Gute Arbeit – Die Stadt als gute und soziale Arbeitgeberin

Wir brauchen sichere, gesunde und fair bezahlte Arbeit. Auf Bundesebene fordert die SPD einen Mindestlohn von 12 Euro – das würde der Lebensrealität vieler Arbeitnehmer*innen gerecht werden. In Dresden betrifft das immerhin rund 60.000 Einwohner*innen! Mit einer Tarifbindung und einem Mindestlohn bei Vergaben könnten wir als Stadt direkt für mehr gute Arbeit sorgen. Wenn die Novelle des sächsischen Vergabegesetzes kommt, werden wir die neuen Regelungen in der kommunalen Vergabepraxis umsetzen.

Auf der Kommunalebene tragen wir zudem durch unsere Ratsarbeit Verantwortung für über 7.000 Angestellte. Zu einem sozialen Dresden gehört die Abkehr vom Irrweg der Privatisierungswut – hin zum Prinzip der Rekommunalisierung: Die SPD Dresden fordert, dass mehr Aufgaben (wieder) in die Trägerschaft der Stadt übergehen – zum Beispiel das momentan ausgelagerte Wach- und Reinigungsgewerbe in städtischen Gebäuden.

### Zurück ins Arbeitsleben – Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

Menschen, die arbeiten wollen, müssen auch an Arbeit kommen. Unser Anspruch ist es, in Dresden dafür zu sorgen, dass sich die Landeshauptstadt am neuen Teilhabechancengesetz und den Förderprogrammen auf Landesebene beteiligt. Nur so kann es mit kommunaler Unterstützung Langzeitarbeitslosen ermöglicht werden, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

**Vincent Drews aus der Dresdner Neustadt ist seit 2014 für die Sozialpolitik der SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat zuständig.** Foto: SPD Dresden

### Abbau von sozialem Konfliktpotenzial

Gleichzeitig geht es auch um den Abbau von sozialem Konfliktpotenzial: Die bereits bestehende Ombudsstelle im Jobcenter muss gestärkt und verstetigt werden. Denn sie ist eine Erfolgsgeschichte, die durch Vermittlung im Streit über negative Bescheide die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst nimmt – und ganz konkret belastende und kostenintensive Klagen vor dem Sozialgericht minimiert.

### Gesundheit ist keine Ware – Daseinsvorsorge stärken

Ohne Wenn und Aber: Das städtische Klinikum muss in öffentlicher Hand bleiben! Gesundheitsvorsorge und eine ordentliche Pflege darf kein wirtschaftlicher Betrieb sein. Und nach wie vor ist die Bezahlung im Gesundheitsbereich zu niedrig. Unser wichtigstes Ziel ist daher: Höhere und vor allem gleiche Löhne in Ost und West.

Deshalb setzen wir uns auf Landesebene für einen Pflege-Tarifvertrag ein. Und fordern bis dahin für städtische Pflegeeinrichtungen den Erhalt der Tarifbindung und den Ausschluss von Kündigungen auch über 2022 hinaus. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Bettenkapazitäten der städtischen Pflegegesellschaft Cultus gGmbH auszubauen, um in einem sozialen Dresden den steigenden Bedarf decken zu können.

### Wohnungslosigkeit entgegentreten – Hilfsangebote vor Ort schaffen

Politik muss solidarisch sein und die Schwächsten der Gesellschaft fördern, damit ein soziales und nachbarschaftliches Zusammenleben möglich ist. Die Wohnungsnotfallhilfe bildet daher einen wichtigen Bestandteil unserer Stadtratsarbeit. Wir wollen das derzeit einzige Angebot mobiler Straßensozialarbeit mit dem Fokus Wohnungslosigkeit in Dresden erhalten.

Das andernorts erfolgreiche Konzept „Housing First“ wollen wir in Dresden in einem Modellprojekt testen: Statt erst einmal verschiedene Ebenen der Notunterkünfte wahrzunehmen, sollen obdachlose Menschen direkt in einer Wohnung untergebracht werden. Auf dieses Erfolgserlebnis aufbauend werden im Anschluss mit sozialarbeiterischer Hilfe die Probleme angegangen, die eine eigenständige Wohnfähigkeit bis dato verhindert haben.

Ein „sozialbares“ Dresden heißt für uns: Wir wollen in einer Stadt leben, deren Einwohner sich kennen, sich zuhören, sich gegenseitig helfen – ein solidarisches Dresden. Wir ermutigen jede*n, dabei mitzumachen. Bei der Hilfe für Ältere oder Arme, in Kulturinitiativen, bei Angeboten zur Begegnung oder in Vereinen. Denn ein soziales Dresden ist machbar – #DresdenSozialbar!

# „2021 wird nicht einfach, aber verzagen sollten wir nicht!“

## Über die Herausforderungen im kommenden Jahr und darüber, was die Kommunen in den nächsten Monaten einfordern müssen

**Autor** Peter Leisner, SGK-Landesvorsitzender und SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Gotha

Unsere Städte werden in dieser Adventszeit leerer sein als gewohnt. Weihnachtsmärkte werden kaum stattfinden, Einladungen am Glühweinstand werden wir in diesem Jahr nicht aussprechen können und Kinder müssen auf Autoscooter und Zuckerwatte verzichten müssen. Die Weihnachtszeit bringt uns in der Regel Besinnlichkeit, gemeinsame Momente und Frohsinn sowie vielen Händlern und Gewerbetreibenden gute Geschäfte. Für Letztere ist der durch das Virus erzeugte Einschnitt vielfach schwerer, da deren Existenzen durch das sowieso schon veranstaltungsarme Jahr bereits bedroht sind. Gastronomen und Hoteliers sehen auch in ihre leeren Buchungs- und Reservierungsbücher und fragen sich, wie lange ihr Unternehmen diese Krise noch aushalten.

Aber nicht nur Gewerbe und Handel, sondern auch die Kämmerinnen und Kämmerer sehen mit Erschrecken, wie die steuerlichen Einnahmepositionen der Kommunen mehr und mehr den SOLL-Ansatz verfehlen.

Die wirtschaftliche Talfahrt wird Städte und Gemeinden sowie auch die Landkreise folgend in arge Schwierigkeiten bringen. Massive Gewerbesteuerausfälle, Einbrüche bei Einkommens- und Umsatzsteueranteilen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, Ausfälle bei der Automatensteuer, der Bettensteuer und den Übernachtungsabgaben und Einnahmeverluste bei Gebühren machen deutlich, wie umfassend die Auswirkungen auf die haushälterische und fiskalische Verfasstheit der Kommunalen Familie sind.

Jeder Kommunalpolitikerin und jedem Kommunalpolitiker stellen sich mit einer großen Sorgenfalte auf der Stirn die Fragen: Wohin soll das 2021 führen? Was passiert im ersten Halbjahr 2021, wenn der Impfstoff noch nicht weit verbreitet ist und die Infektionszahlen weiter auf einem hohen Niveau bleiben? Gibt es weitere „Lockdowns“? Setzt sich die wirtschaftliche und konjunkturelle Niedrigphase fort!?

Letztere Frage ist wohl mit „Ja“ zu beantworten. Zahlreiche Ökonomen prophezeien ein klares Minus für die deutsche Wirtschaft und nur eine langfristige Erholungsphase deutet sich an. Ein „plötzlicher großer Sprung“ auf das Niveau von 2019 wird kaum zu erwarten sein. Kommunale Fachverbände sehen den massiven Steuerverlust als Bedrohung für die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Gerade jene Zentren, deren wirtschaftliches Rückgrat in den letzten Jahren ein gutes, überdurchschnittliches Gewerbesteueraufkommen bildete, gehen in die Knie – ohne Unterschied, ob sich diese Städte in den neuen oder in den alten Bundesländern befinden. Daher ist die große Sorge durchaus begründet, dass die Pandemie der kommunale Ebene einen so massiven Schaden zufügt, dass die öffentliche Infrastruktur, das Sozialwesen und die Kultur- und Sportlandschaft kaputtgehen oder zumindest nicht mehr das Niveau der 2010er Jahre behalten.

**Peter Leisner, Vorsitzender der SGK Thüringen** Foto: Peter Leisner/©FÜNFZWO

Daher braucht es zeitnah politische Bündnisse und klare Aussagen von Bund und Ländern.

Auch im Jahr 2021 sollten Steuerausfälle weiter kompensiert und Verluste von öffentlichen Unternehmen und Betrieben, die die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten, aufgefangen werden. Kultur-und Badeinrichtungen stehen massiv unter Druck, der sich auch im kommenden Jahr auf die Kassen vieler Kommunen deutlich auswirkt. Es ist entscheidend, dass die SPD dieses wichtige Thema begleitet und vorantreibt, damit ihre kommunalpolitische Stärke Bestand hat. Denn gerade im Wahljahr wird die alte sozialdemokratische Forderung zu Recht nachdrücklich lauter: dass gleiche Lebensverhältnisse und ein fortschrittliches Gemeinwesen die DNA jedes sozialdemokratischen Regierungshandelns ausmachen.

**Peter Leisner im Web**
www.facebook.com/peter.leisner.7
www.instagram.com/petegth/
**peter.leisner@tmik.thueringen.de**

# Landtagsfraktion der SPD für Finanzgarantie 2021

## Kommunale Steuerausfälle sollen auch 2021 ausgeglichen werden

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion

**Janine Merz, Kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Thüringen**
Foto: Tino Sieland

Der Thüringer Landtag hat im am 12. November einen Gesetzentwurf beschlossen, um die vom Bund bereitgestellten Mittel zum Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen eins zu eins an die Kommunen weiterzureichen. „Zusammen mit den bereits im Frühjahr beschlossenen Finanzhilfen stellt das Land den Thüringer Kommunen 282,5 Millionen Euro bereit, um die Auswirkungen der Corona-Krise auf die kommunalen Haushalte abzumildern", erläutert die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Janine Merz.

Die SPD-Abgeordnete verwies darauf, dass die Kommunen im Jahr 2021 weiterhin auf Finanzhilfen des Landes angewiesen sein werden: „Für das kommende Jahr muss es eine kommunale Finanzgarantie 2021 geben, die den Kommunen das Einnahmeniveau 2020 aus Steuern und erhaltenen Landes- und Bundeshilfen garantiert. Die Pandemie wird auch mit einem möglichen Impfstoff noch weit ins Jahr 2021 Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte haben. Wir stehen in der Verantwortung, alles dafür zu tun, dass diese Auswirkungen so wenig wie möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu spüren sind."

Zur Kritik des Gemeinde- und Städtebundes, dass Gemeinden wegen der vorgesehenen Spitzabrechnung Strafzinsen bei ihren Banken zahlen müssten, erklärt die SPD-Abgeordnete: „Die Spitzabrechnung mit den tatsächlich erlittenen Verlusten bei den Gewerbesteuereinnahmen ist notwendig, damit am Ende den Gemeinden geholfen werden kann, die wirklich Hilfe brauchen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat aber am vergangenen Freitag die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Gemeinden, die trotz der Pandemie hohe Gewerbesteuereinnahmen hatten, zu viel erhaltene Stabilisierungszuweisungen noch in diesem Jahr zurückzahlen können, um nicht bis zum gesetzlichen Rückzahlungstermin im Mai 2021 Strafzinsen zahlen zu müssen."

**Janine Merz im Web**
www.janine-merz.de
www.facebook.com/janine.merz.7
www.instagram.com/hallo_janine/
**janine.merz@spd-thl.de**

# „Wir unterstützen Kommunen weiterhin, um die Auswirkungen der Corona-Krise besser bewältigen zu können"

## Weitere Hilfen für Thüringer Kommunen beschlossen und Flexibilisierung der Verfahren für Corona-Hilfen auf dem Weg

Pressemitteilung des Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

In der Sitzung des Thüringer Landtags vom 12. November wurden weitere Hilfen für die Kommunen im Freistaat auf den Weg gebracht. Zusätzlich zu den bereits geleisteten Landeshilfen für ausfallende Gewerbesteuern in Höhe von 100 Millionen Euro werden nochmals 82,5 Millionen Euro für Gewerbesteuermindereinnahmen weitergereicht, die der Bund zur Verfügung stellt.

Während im Bundesgesetz lediglich eine hälftige Finanzierung durch Bund und Länder für 165 Millionen Euro für Thüringen vorgesehen sind, stellt das Land inklusive weiterer 85 Millionen Euro an allgemeinen Stabilisierungshilfen und 15 Millionen Euro für Kur- und Erholungsorte den Thüringer Kommunen 2020 nunmehr insgesamt 282,5 Millionen Euro zusätzlich zur freien Verfügung. „Es ist entscheidend, bei den Corona-Hilfen Kommunen besonders zu berücksichtigen. Mit den nun beschlossenen Hilfen können nicht nur Gewerbesteuerausfälle kompensiert, sondern auch pandemiebedingte Mehrausgaben geschultert werden", so Kommunalminister Georg Maier.

Um eine faire Verteilung zwischen den unterschiedlich stark betroffenen Gemeinden zu gewährleisten, wurde eine Rückzahlung von zu viel gezahlten Mitteln vereinbart. Die dabei entstandenen bürokratischen Hürden sollen schnellstmöglich aus dem Weg geräumt werden. So betonte der Minister: „Die Änderungen, die vom Gemeinde- und Städtebund Thüringen angeregt wurden, begrüße ich ausdrücklich. Die Unterstützung des Landes darf zu keinen finanziellen Nachteilen oder unbegründetem Mehraufwand in den Gemeinden führen."

So soll mit einer Bagatellgrenze von 1.000 Euro Verwaltungsaufwand reduziert werden. Mit der Verlängerung der bereits für den Haushalt 2020 eröffneten Möglichkeit, eine Rücklage zu bilden und diese zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts 2021 verwenden zu können, soll weitere Flexibilität gewährleistet werden. Für das seitens der Spitzenverbände benannte Problem der Strafzinsen, zeichnet sich ebenfalls eine Lösung ab. Für zu viel geleistete und rückzuzahlende Hilfsgelder soll es die Möglichkeit einer sofortigen Rückzahlung geben. So sollen die durch Niedrigzins anfallenden sogenannten Strafzinsen vermieden werden, die beim längeren Verbleib auf Konten der Kommunen anfallen.

**Georg Maier im Web**
www.menschmaier2019.de
www.facebook.com/menschmaiermdl
www.instagram.com/menschmaier2020
twitter.com/GeorgMaier8

# DIE AGENTUR AN EURER SEITE

Die SPD-Agentur mit TARIF-VERTRAG

ASK Berlin

## GRAFIK

- Layouts
- Infografiken
- Gestaltung von Flyern & Broschüren
- Designentwicklung
- Logoentwicklung
- Einbindung ins Druckportal

## KAMPAGNEN

- Strategieentwicklung
- Kandidat*innenberatung
- Kampagnenplanung
- Kreation
- Digitaler Wahlkampf und Social Media
- Plakate
- Spots
- Mediaplanung
- WEBINAR: Markenkommunikation in der Politik

## PODCASTS

- Konzeption
- Beratung
- Technische Begleitung
- Postproduktion
- Full-Service-Koordination
- WEBINAR: Podcasten – aber richtig!

## EVENTS

- Parteitage
- Wahlkampftouren
- Abendveranstaltungen
- Kongresse
- Markeninszenierung
- Konzeption
- Digitale Veranstaltungsformate
- Teilnehmer*innenmanagement
- WEBINAR: Digitale beteiligungs-orientierte Veranstaltungsformate

## TEXTE

- Pressemitteilungen
- Broschüren & Flyer
- Magazingestaltung
- WEBINAR: Besser Schreiben – viel sagen mit wenigen Worten

## SPONSORING

- Anzeigenvermarktung
- Parteitags-Sponsoring
- Event-Sponsoring

## EURE ANSPRECHPARTNER:

**Thomas Mühlnickel**
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

**Dennis Eighteen**
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de

ASK Berlin

ASK.Berlin ist ein Unternehmen der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

www.ask-berlin.de

**Homeoffice und Online-Arbeit gehören durch Corona für viele zum Alltag.** Foto: Stock.Adobe.com/Monet

# Corona als Chance für die Kommunalpolitik?

## Welche Möglichkeiten uns die Krise bietet

**Autorin** Katharina Zacharias

Das nun fast hinter uns liegende Jahr war geprägt von Veränderungen, die sich vorher keiner von uns hätte vorstellen können. Die Corona-Pandemie hat die gesamte Weltbevölkerung fest im Griff. Keiner kann sich den Konsequenzen entziehen. Und so hat sich diese Krankheit mit all ihren Folgen nicht nur auf das Gesundheitssystem und die Wirtschaft ausgewirkt, sondern auch auf die Kommunalpolitik.

Während sich die eh schon finanziell angespannte Lage vieler Kommunen durch die Pandemie noch verstärkt hat und finanzielle Hilfen von Bund und Land der einzige Lichtblick sind, so hat sich auch die Arbeitsweise in der Kommunalpolitik verändert. Viele von uns konnten in den zurückliegenden Monaten zahllose Erfahrungen mit Onlinebeteiligung, Videokonferenzen und Telefonschalten sammeln. Was am Anfang gewöhnungsbedürftig war, stellt sich inzwischen als echte Arbeitserleichterung dar.

Das Gesetz für digitale Ratsarbeit in Sachsen-Anhalt steht in den Startlöchern. So können zukünftig Entscheidungen per Umlaufbeschluss getroffen werden oder ganze Sitzungen von Stadtrat bis Ausschuss online abgehalten werden. Das ermöglicht nicht nur die Teilnahme, wenn man pandemiebedingt Kontakte meiden soll oder in Quarantäne ist, sondern es verbessert auch die Vereinbarkeit von kommunalpolitischem, meist ehrenamtlichem Engagement mit Familie und Beruf. Gerade dieser Mangel an Vereinbarkeit hält immer wieder gerade junge Frauen davon ab sich stärker zu engagieren. Auch der Bürgerbeteiligung könnten Onlinesitzungen einen echten Schub geben. So ermöglichen verschiedenste Formate und Programme ein breites Feld an Teilnehmenden, ohne den Verlauf der Sitzung nachhaltig zu beeinflussen. Auch die Aufzeichnung und spätere Veröffentlichung von Stadtratssitzungen, die sich viele Kommunen entweder finanziell

Anzeige

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

nicht leisten können oder die an mangelnder technischer Ausstattung scheitert, wäre so mit einem Klick erledigt. Niedrigschwellige Bereitstellung von Informationen für Bürgerinnen und Bürger wäre so kaum noch ein Problem. Gleichzeitig könnte man dem Vorwurf mangelnder Transparenz, der gerade dieser Tage immer wieder erhoben wird, einfach und effektiv begegnen.

Onlinebeteiligung ist dabei allerdings nicht nur auf Sitzungen beschränkt. Fraktionssitzungen, die in Form einer Videoschalte stattfinden, ermöglichen eben nicht nur eben jene bessere Vereinbarkeit mit dem persönlichen Leben der Einzelnen, sondern erleichtern es zum Beispiel auch sich Experten zu einzelnen Themen einzuladen, ohne dass diese dafür anreisen müssten. Angebote für Bürgergespräche in Form von Onlineformaten bieten ebenfalls eben jene Vorteile und bieten, gerade kleinen Fraktionen und Ortschaftsräten, die Möglichkeit auf die oft müßige Suche nach Räumlichkeiten zu verzichten.

Programme wie Padlet und ähnliche gestatten zudem, unkompliziert, gemeinsam und gleichzeitig an Entwürfen für Anträge, Pressemitteilungen oder Stellungnahmen zu arbeiten. So kann auf ständiges Hin- und Herschicken von Mails mit unzähligen Anhängen weitestgehend verzichtet werden und alle können ihre Ideen schnell und möglichst direkt einbringen.

Es ist wahr, dass uns Corona viel abverlangt, doch sollten wir gerade in dieser schweren Zeit auch die Chancen betrachten, die sich daraus ergeben. Allzu lange wabert schon das vermeintliche Schreckgespenst der Digitalisierung durch den Raum. Nun waren wir gezwungen, uns diesem Thema anzunehmen und sollten überlegen, wie wir die dadurch erworbenen Kenntnisse und Fortschritte möglichst gut nutzen und nachhaltig beibehalten können. Aus jeder Krise ergeben sich neue Wege, die es zu begehen gilt.

# Die Zukunft im Blick

## Landratskandidat für den Mansfeld-Südharz

**Autor** SGK Sachsen-Anhalt

Mein Name ist Carsten Reuß, ich bin 41 Jahre jung, verheiratet und ganz stolzer Papa zweier Töchter. Neben den privaten Ehrenämtern bin ich hauptberuflich Gebietsleiter in der Sparkassenorganisation in Nordthüringen.

**Was ist deine Motivation als Landrat zu kandidieren?**
Ich liebe die Herausforderung und möchte Dinge bewegen. Durch meine beiden Töchter habe ich begriffen, dass alles, was wir in der Kommunalpolitik tun, der Zukunft unserer Familie, der Zukunft unserer Heimat dient. Es sind immer eine Handvoll gewählte Vertreter, die die Geschicke in der Hand haben. Sei es im Ortschaftsrat, im Stadtrat oder auch im Kreis. Diese Aufgabe erfordert Weitsicht, Menschlichkeit und Verantwortungsbewusstsein. Jeder kann nur sein eigenes Agieren direkt bestimmen. Und jeden Abend schaue ich in die Augen meiner Töchter und frage mich: „Hast du heute genug getan?“.

Als Landrat in Mansfeld-Südharz tritt man ein schweres Erbe an, aber keine Herausforderung ist so groß, dass sie unmöglich wird. Ich weiß, dass ich der richtige Mann dafür bin. Lebenserfahrung, berufliche Ausbildung und eine sehr gute Menschenkenntnis sind elementare Eckpfeiler dafür. Von daher … Wer, wenn nicht ich? :-)

**Warum hast du dich für die SPD entschieden?**
Ich bin ein sehr junges Mitglied. In der Mitte diesen Jahres beantragte ich meine Mitgliedschaft. Ich lebe klar definierte moralische Leitplanken, lege unwahrscheinlich viel Wert auf „bürgernahe Arbeit“ und glaube im Herzen an die Demokratie. In den ersten neun Jahren Kommunalpolitik war ich ein Einzelkämpfer. Am Jahresanfang 2019 habe ich durch eine Freundin den Ortsverein Hettstedt/Arnstein kennengelernt. Zu dieser Zeit war auch die Entscheidungsphase für den Stadtratswahlkampf in meiner Stadt. Und ich lernte Menschen kennen, die im Herzen genauso denken wie ich, nie die Bundespolitik vor die Kommunalpolitik stellen und mir den Freiraum gaben, meine Interessen zu verwirklichen. Rückblickend war es nicht nur ein sehr erfolgreicher Wahlkampf, sondern ich habe auch neue Freunde gefunden. Von daher war der Parteieintritt ein logischer nächster Schritt.

**Was ist dein Herzensthema?**
Ein Herzensthema ist schwer zu benennen. Es gibt da zahlreiche Themen, die ich sofort benennen könnte. Den Fokus auf eines zu lenken, ist da schon eine Herausforderung. Grundsätzlich muss man aber sagen, dass soziale und kulturelle Entwicklungen/Förderungen schon eine Priorität für mich sind. Dies gilt bei den Kindern über die Jugendlichen und Erwachsenen bis hin zu den Senioren.

Wenn ich so frei sein darf, würde ich gerne noch ein zweites Herzensthema anfügen. Wir müssen der „Welt“ zeigen, dass Mansfeld-Südharz kein abgehängter Landkreis ist. In der Öffentlichkeit wird dies gern so dargestellt und dass die Einwohner wieder ihr Selbstvertrauen finden müssen. Da widerspreche ich ganz vehement. Unsere Bürger haben Selbstvertrauen, sind kreativ, engagieren sich und habe echt bemerkenswerte Lösungsansätze für Ihre Themen. Ihnen muss man zuhören, ihre Belange ernst nehmen und ihnen eine Stimme geben. Unser Umfeld muss erfahren, was hier Tolles passiert! Tue Gutes und sprich darüber!

**Wie möchtest du Bürgerinnen und Bürger stärker an Entscheidungsprozessen beteiligen?**
Hier sind wir ganz schnell bei profanen Lösungsansätzen. Wir haben drei große Städte (Sangerhausen, Lutherstadt Eisleben, Hettstedt) und momentan ist das besetzte Büro der

**Carsten Reuß** Foto: Maria Ryll

Landrätin in Sangerhausen. Eine erste Amtshandlung wird sein, dass jede Stadt feste Tage bekommt, wo ich mein Büro beziehe. Zudem müssen wir digitale und analoge Kommunikationswege ins Leben rufen, so dass Bürgerinnen und Bürger jederzeit Kontakt zu ihren gewünschten Ansprechpartnern aufnehmen können.

Bei konkreten Entscheidungsthemen muss ich bereits sehr früh eruieren, wo bereits Lösungsthemen erarbeitet wurden und welche Bürger fach- und sachkundig unterstützen können. Dies gilt im Übrigen auch für alle kommunalen Mandatsträger in den Verbands- und Einheitsgemeinden. Eine intransparente Politik über die Köpfe der Bürger hinweg lasse ich nicht zu! Mir ist bewusst, dass dies kommunikativ sehr herausfordernd ist, aber als ausgebildeter Kommunikationstrainer sollte man damit umgehen können.

**Angenommen, Geld würde keine Rolle spielen, was würdest du in deinem Landkreis als erstes ändern?**
Schulden abbauen, einige Projekte aus dem „Masterplan Strukturwandel“ umsetzen, eine Imagekampagne für Mansfeld-Südharz, den Etat für Jugendarbeit und Kultur deutlich erhöhen sowie einen Bürgerhaushalt einführen. Irgendwie klingt das alles so einfach. Wenn wir jedoch realistisch die Sache angehen, dann wird es schon herausfordernder. Aber nichts ist unmöglich und von daher sollte man die auszugsweise genannten Punkte auch in einer finanziell angespannten Lage angehen. Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

# Social-Media-Workshop

## Wie man kommunalpolitisches Engagement online sichtbar macht

**Autoren** Katharina Zacharias und Rico Rauch

Soziale Netzwerke spielen eine immer größere Rolle in unserem Alltag. Mittlerweile ist nahezu jeder in mindestens einem angemeldet, ohne geht es kaum noch. Doch wie gut eignen sich diese Plattformen für politische Kommunikation? Und welches sind dann die Mittel der Wahl?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich die SGK Sachsen-Anhalt jetzt im Rahmen von verschiedenen Workshops, um gemeinsam mit den Mitgliedern neue Wege der Kommunikation und ihre Wirksamkeit zu entdecken.

Den Auftakt machte ein Workshop zum Thema Videoblogging. Als Referentin erklärte Sophie Koch, Vorsitzende der Jusos Sachsen und selbst in zahlreichen Social-Media-Kanälen erfolgreich aktiv, den Teilnehmenden die Grundlagen zum Drehen von Videos. Denn wichtig ist nicht nur, dass es überhaupt einen aktuellen Auftritt auf Facebook, Instagram und Co gibt, sondern dass dieser auch möglichst professionell ist.

**Die Mitglieder der SGK Sachsen-Anhalt lernten unter der Anleitung von Sophie Koch eigene Videos zu drehen und zu schneiden.** Foto: Rico Rauch

Nach einer Erläuterung in die Dos und Don'ts des Videodrehs, wie zum Beispiel ein natürliches Auftreten, gute Tonqualität und keine verwackelten Aufnahmen, folgte eine kurze Einweisung in Apps wie InShot oder Quick. Diese ermöglichen es den Teilnehmenden schnell, unkompliziert und vor allem kostenlos ihre Videos zu schneiden und weiter zu bearbeiten.

Den größten Teil des Workshops nahm die Praxisphase in Anspruch. Knapp drei Stunden hatten die Interessierten nun Zeit, sich mit Hilfe von Sophie im Drehen eigener Videos sowie deren Bearbeitung zu versuchen. Unterstützt wurde sie dabei unter anderem von Raphaela Spitaler, Social-Media-Referentin der SPD Sachsen-Anhalt, und Rico Rauch, dem Vorsitzenden des LFA Digitales.

Im Anschluss wurden die so entstandenen Videos gemeinsam angeschaut und ausgewertet. „Ich bin wirklich beeindruckt, was für gute Videos in so kurzer Zeit entstanden sind!", bemerkte Sophie sichtlich zufrieden. Tatsächlich wäre das ein oder andere Video nach etwas Feintuning durchaus Social-Media-tauglich gewesen.

### Einfache Werkzeuge

„Unser Ziel, den Teilnehmenden Werkzeuge an die Hand zu geben, mit denen sie ihre kommunalpolitische Arbeit niedrigschwellig zugänglich machen können, haben wir auf jeden Fall erreicht", sagt Rico stolz.

Der Sinn des Workshops war es nicht, den Menschen teure Technik und komplizierte Programme vorzuführen, sondern aufzuzeigen, wie man Bürgerinnen und Bürgern mit einfachsten Mitteln die Arbeit von Stadträten, Bürgermeisterinnen oder Landräten näherbringen kann.

Smartphone, Stativ und ein Mikrofon reichen aus, um die Bürgerinnen und Bürger an der politischen Arbeit teilhaben zu lassen. „Weitere Projekte sind bereits in Planung", sagt Katharina Zacharias, Vorstandsmitglied der SGK Sachsen-Anhalt. „Der Erfolg der Veranstaltung gibt uns Recht und wir werden an dem Thema auf jeden Fall dran bleiben."

**Liebe Mitglieder und Freundinnen und Freunde der SGK Sachsen-Anhalt e. V.,**

Foto: Radka Schöne/pixelio.de

was tun, wenn man sich unter normalen Bedingungen nicht sehen kann? Auf keinen Fall aufgeben und stattdessen nach anderen Wegen suchen. So oder so ähnlich haben wir uns durch das Jahr 2020 gewuselt. Erinnert sich noch jemand an die hochemotionale Diskussion um die Kassenbonpflicht aus dem Monat Januar? Die Entscheidung zur Schließung von Schulen und Kindertagesstätten und der Gang in den Notbetrieb vom 13. März, einem Freitag, hat diese und ähnliche Diskussionen jäh verstummen lassen.

Seitdem sorgen wir uns um die Gesundheit von Angehörigen, Freunden und auch um unsere eigene. Die scheinbare Corona-Entspannung im Sommer wich inzwischen wohl bei jedem von uns der Erkenntnis, dass uns dieses Thema und die damit verbundenen Einschränkungen noch eine Weile beschäftigen werden. Auch in unserem Bundesland gingen die Fallzahlen nach oben, wenn auch etwas langsamer, vermutlich der dünneren Besiedlungsdichte geschuldet. Dennoch kann kaum noch jemand ernsthaft behaupten, dass er keinen Corona-Fall persönlich kennen würde.

Doch trotz unserer begründeten Sorgen um die Gesundheit fand natürlich dennoch Kommunalpolitik in all ihrer Vielgestaltigkeit statt, nur eben noch komplexer. Als SGK haben wir versucht, Partner und Förderer zu sein. Dabei konnten wir längst nicht alle unserer Ziele umsetzen oder erreichen, was uns nur anspornt, uns im nächsten (Wahl-)Jahr noch mehr ins Zeug zu legen, ganz gleich ob digital oder klassisch analog und direkt.

Was wir alle dafür neben Engagement und Enthusiasmus brauchen, ist vor allem Gesundheit. Die wünsche ich uns, unseren Familien und Freunden und hoffe, dass wir gut durch die Pandemie kommen, gesund bleiben oder gesund werden.

In diesem Sinne mögen das nahe Weihnachtsfest und der Jahreswechsel auch Möglichkeiten der Ruhe für uns bereithalten und das neue Jahr dann einen guten Neustart ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
**Andreas Dittmann**
**Vorsitzender der SGK Sachsen-Anhalt e. V.**

**IMPRESSUM**

**Verantwortlich für den Inhalt:**

**SGK Sachsen-Anhalt e.V.**
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg
Redaktion: Katharina Zacharias
Telefon/Fax: (0391) 25 85 75 54
info@sgk-lsa.de
www.sgk-lsa.de

**SGK Thüringen e.V.**
Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt
Redaktion: Vincent Ackermann
Telefon: (0361) 228 44 21
info@sgk-thueringen.de
www.sgkthueringen.de

**SGK Sachsen e.V.**
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Redaktion: Karin Pritzel, Jutta Müller, Stefan Engel
Telefon: (0351) 21 670 91
kontakt@sgksachsen.de
www.sgksachsen.de

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel

**Litho:** Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

**Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld